

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.  
Wöchentliches Abonnementpreis durch die  
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,60 Mk.;  
bei sonstiger Bestellung durch den Verleger  
ins Haus 18 Pfg. mehr.  
Alle Postaufkanten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben  
unter Mitwirkung der Verbands- und Verwalter-Vorstände  
vom  
**Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine**  
(Vereinsrat)  
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:  
Geschäftsamt, 25 Pfg., Familienamt, 15 Pfg.,  
Vereinsamt, 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.  
Redaktion und Expedition:  
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/223.  
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4723.

Nr. 10.

Berlin, Sonnabend, 2. Februar 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Was kostet eine Tageszeitung? — Hochmals zur Stichwahl. — Belegungsblatt für Ostpreußen. — Allgemeine Nachrichten. — Tätigkeitsberichte der Ortsvereine über das Jahr 1906. — Verbands-Zell. — Anzeigen-Zell.

### Was kostet eine Tageszeitung?

In den Aufsätzen über den nächsten Verbandstag steht vielfach auch der dringende Wunsch wieder, für die Deutschen Gewerkevereine eine Tageszeitung zu begründen. Dieser Wunsch ist sachlich und überdies durchaus berechtigt und sicherlich würde es gerade um eine große Freude sein, wenn dieser Gedanke sich verwirklichen ließe. Dafür gibt es aber nur zwei Wege. Entweder muß der Tageszeitung sofort eine Abonnentenzahl von wenigstens 20000 gesichert sein, oder es müßten zunächst ungeheure Geldsummen in das Blatt und für die Agitation zur Ausbreitung desselben gesteckt werden können.

Als wir vor längerer Zeit die Probenummern für eine Tageszeitung herausgaben, wurde an ihr bemängelt, daß sie nicht umfangreich genug sei und daher auch nicht genügendes Material bringe. Andere wollten wieder meinen, es läge an unserem Redakteur, der auch diesen Artikel schreibt, daß das Interesse für Gewinnung einer ausreichend großen Zahl von Abonnenten nicht lebendig genug sei. Der letztere Grund ist insofern hinfällig, als über die Zusammensetzung der Redaktion eine Entscheidung noch gar nicht getroffen war und ein Redakteur eine Tageszeitung, die gut redigiert sein soll, überhaupt nicht herzustellen vermag. Dazu wären je nach dem Umfange des Blattes 4 bis 8 Redakteure notwendig. Und dem Beschäftigten und Kennntnisreichen unter dieser Zahl hätte selbstverständlich die Leitung anvertraut werden müssen.

Eine in Berlin erscheinende Tageszeitung muß durchweg Originalartikel bringen, ihre ganze Redaktion ist also vollkommen anders gestaltet, als es vielfach selbst bei größeren Tageszeitungen in Provinzialstädten der Fall ist. Große Zeitungen, wie z. B. die Frankfurter, Breslauer und Kölnische Zeitung u. a. brauchen selbstverständlich einen noch größeren Etat von Redakteuren und Mitarbeitern.

Die Berliner Kollegen allein sind gar nicht imstande, eine Tageszeitung durchzuführen, selbst wenn alle ohne Ausnahme Abonnenten derselben würden. Dazu ist leider ihre Zahl noch nicht groß genug. Die Berliner Tageszeitungen haben große Abonnentenziffern und sind daher in der Lage, ihren Lesern viel zu bieten. Ein für eine bestimmte Bewegung herausgegebenes Blatt könnte sich zu der von den Berliner Tageszeitungen gewohnten Leistungsfähigkeit überhaupt nicht emporschwimmen, dafür ist ihr Agitationsfeld immerhin ein zu begrenztes.

Wenn aber ein von uns herangezogenes Blatt nicht von vornherein die angegebene Abonnentenzahl erlangt und mindestens dauernd beibehält, auch wenn das Blatt, namentlich in den ersten Jahren, bedeutend weniger umfang- und inhaltreich gestaltet werden kann, dann muß der Plan einer Tageszeitung als ein schöner Traum noch auf lange Zeit, so leid es uns auch tut, zurückgestellt werden. Die Gewerkevereine in Berlin verlangen von jedem ihrer Mitglieder, daß sie den „Vorwärts“ halten und über den eine

scharfe Kontrolle. Jeder Gewerkschafter wird gezwungen, seinem Vertrauensmann die Luitung über das Abonnement auf den „Vorwärts“ vorzugeben. Wir können und wollen einen solchen Druck auf die freie Selbstbestimmung unserer Mitglieder nicht ausüben. Das muß doch alles bedacht werden.

Damit sich unsere Mitglieder eine Vorstellung machen können, was eine Tageszeitung kostet, verweisen wir auf den Aufruf, den der christlich-soziale Hofprediger a. D., Reichstagsabgeordneter Stöcker, für die Rettung der christlich-sozialen Tageszeitung „Das Reich“ veröffentlicht. Vom Standpunkte jener Richtung ist das Blatt ausgezeichnet redigiert, bis jetzt aber sind trotzdem bereits 250000, also  $\frac{1}{2}$  Million Mark, für dasselbe verpulvert worden und immer ist es noch nicht so weit gebracht, auf eigenen Füßen stehen zu können. In dem am Sonntag im „Reich“ veröffentlichten Stöckerschen Aufruf heißt es gleich im Anfang:

„Wir halten es für unsere Pflicht, unseren Lesern und Freunden die dringende Mitteilung zu machen, daß das weitere Erscheinen des „Reich“ gefährdet ist, wenn nicht schnelle und glatte Hilfe kommt. Es ist nötig, daß evangelische Männer und Frauen in der Höhe bis zu 80000 Mk. für das Blatt eintreten, damit es bestimmt weiter bestehen kann.“

Und dann wird aufgezeigt, was bisher schon an Opfern für das Blatt gebracht worden ist:

„Ein großgearteter Patriot gab dazu 150000 Mk. Als diese Summe nicht ausreichte, haben Freunde der Sache große Opfer gebracht, der eine 10000 Mk., ein anderer 15000 Mk., ein dritter 36000 Mk. Ich habe vor vier Monaten zu einem Fonds von 60000 Mk. aufgerufen, ohne den Zweck zu bezeichnen, der damit gemeint sei. Aber es handelt sich um die Erhaltung des „Reich“. Während und entgegen, zum Teil überraschende Gaben, darunter bis zu 1000 Mk., sind dafür gesendet, leider nicht ausreichend. ... Wenn hätten unter den arbeitenden Klassen mehr Leser abonniert sollen; dafür war das Blatt begründet; daß das nicht genügend geschah, ist unbegreiflich. ... Wenn das „Reich“ eintritt, so geht damit die große Summe von 250000 Mk. verloren.“

Diese ungeheure Summe ist in verhältnismäßig kurzer Zeit für das Blatt aufgebracht und verbraucht worden, denn das „Reich“ besteht erst reichlich 1 Jahr. Wo wäre für eine Tageszeitung der Gewerkevereine eine ähnlich große Summe aufzubringen und, wie sie aufgebracht, wer gäbe denn das weitere Geld, wenn nicht inzwischen die Abonnentenzahl ausreichend groß geworden wäre, um den dauernden Bestand des Blattes zu sichern?

Der „Gewerkeverein“ erscheint jetzt zweimal wöchentlich und kostet nur 65 Pfg. pro Quartal. Mühte da nicht jeder Gewerkevereiner Abonnent des Blattes sein? Da kommen dann aber Kollegen und sagen: Der Redakteur taugt nichts! Wer der Meinung ist, daß der leitende Redakteur unseres Blattes durch einen fähigeren und besseren Kollegen ersetzt werden müsse, insbesondere durch einen Kollegen, der imstande wäre, ohne Geld und ohne ausreichende Unterstützung eine große Tageszeitung zu machen, den bitten wir, entsprechende Anträge zu stellen, so ganz unbedenklich aber über den Klagen Stöckers einen Augenblick nachzudenken. Unser Redakteur legt mit Freuden die Leitung des Blattes in andere Hände, wenn dadurch sein eigener Herzenswunsch, eine Tageszeitung aus dem „Gewerkeverein“ zu machen, erfüllt werden kann. Wer nach dieser

Richtung hin einen verständigen, beweiskräftigen Vorschlag machen kann, der ist unserer dauernden Dankes sicher. Wer das aber nicht kann, von dem dürfen wir wohl erwarten, daß er nicht mit unfreundlicher Kritik den Männern das Leben schwer macht, die freudig unserer großen Sache zu dienen sich ehrlich bemühen. Für jede sachliche Kritik unseres bescheidenen Könnens sind wir indes immer herzlich dankbar.

K. G.

### Hochmals zur Stichwahl.

Wenn haben möchte der „Vorwärts“ die Stichwahlen der Gewerkevereine für die Sozialdemokratie, weshalb er uns in einer an ihm sonst gar nicht gewohnten leidlich höflichen Form den Vorwurf macht, wir hätten mit der Nr. 4 unserer Parole im letzten „Gewerkeverein“ von dem von Gewerkevereinern zu unterstützenden Kandidaten zu verlangen, daß er die Gewerkevereine als eine gleichberechtigte Organisation anerkenne, nur nach einem Vorwand gesucht, unter dem die Gewerkevereiner von der Unterstützung eines Sozialdemokraten bei der Stichwahl abgehalten würden. Der „Vorwärts“ meint:

„Herr Goldschmidt“ jongliert hier mit Begriffen. Wer ein freies Koalitionsrecht will, erkennt natürlich jede Organisation als gleich berechtigt an. Was er in Wirklichkeit will, ist, daß man die Stichwahlen als gleich wertig anerkennen soll. Sich diese Anerkennung in der Arbeiterbewegung zu erwehren, liegt an dem Gewerkevereiner selbst.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat seine Parole nicht zu dem Zweck gegeben, damit Stimmung für die Sozialdemokratie zu machen, sondern um die Gewerkevereine zu veranlassen, in der Stichwahl der Reaktion nach Möglichkeit Abbruch zu tun. Was sie in dieser Situation tun werden, ist Sache der hiesigen Gewerkevereiner. Man kann sie nicht zwingen, noch jetzt einem konservativen die Stimme zu geben, weil dieser inbrünstig versichert, daß ihm die Gewerkevereiner lieber seien als die Freigewerkschafter. Aber werden wird man sich den Fall, wenn das geringe Ansehen der hiesigen Gewerkevereiner bei der Gesamtarbeiterschaft veranlassen sollte, die politische Organisation außer acht zu lassen und sich zu Wortparlamenten für die Reaktion hinzugeben. — Das sollte noch, um ihnen den Rest ihres Ansehens zu rauben.

Wir sind tief gerührt über die Sorge des „Vorwärts“ um das Ansehen der Gewerkevereine. Das war doch früher nicht. Gerade der „Vorwärts“ hat zu allen Zeiten — meist mit vielem Ungeschick allerdings — sich abgemüht, die Gewerkevereine bei der Arbeiterschaft durch Verleumdungen in Mißkredit zu bringen. Nun auf einmal ist ihm so viel daran gelegen, daß wir das in seinen Augen natürlich „geringe Ansehen“ und erhalten, uns wenigstens den „Rest des Ansehens“ nicht rauben lassen.

Warum ist denn der „Vorwärts“ so peinlich berührt davon, daß wir verlangen, daß man unsere Organisation als gleichberechtigt anerkenne? Fürchtet er, daß ein Mann seiner Farbe, der Volksvertreter werden möchte, sich nicht über den engen Rahmen des Klassenkampfes hinauszubehben vermöchte, um anzuerkennen, daß die Deutschen Gewerkevereine eine gleichberechtigte Organisation sind? Wartet er auf den „Vorwärts“ wirklich zu, daß wir blindlings einen Kandidaten wählen, der nachher sein Mandat im Reichstage dazu benutzt, uns zu verunglimpfen, zumal wir aus Erfahrung wissen, daß der „Vorwärts“ gegen die Gewerkevereine den meisten Sozialdemokraten gar zweiten Natur geworden ist?

Jeder anständige Mensch, gleichgültig welcher politischen Richtung er angehört, muß wenigstens so viel stetige Energie haben, daß er über seine eigene Nase hinwegsehen kann. Wer aber von so engem Gesichtskreis ist, daß er glaubt, es den seiner Richtung angehörenden Gewerkschaften gegenüber nicht wagen zu dürfen, die Deutschen Gewerkevereine als eine gleichberechtigte Organisation anzuer-

kommen, aber es würde ein taktischer Fehler sein, wenn die Konferenz Leuten, die nicht dazu vorbereitet sind, ihn aufzwingen wollte. Ach, wenn die Trauben nur nicht gar so hoch hingen!

Ein zweiter sozialistischer Antrag wurde von dem Sozialdemokraten Quisch gestellt. Der Ausschuss der Konferenz solle ein Programm ausarbeiten, das für die von der Arbeiterpartei aufgestellten Kandidaten verbindend sein müßte. Dagegen bemerkte der Abgeordnete Schalden, die Arbeiter-Abgeordneten im Parlamente hätten zunächst auf ein Jahr hinaus nichts weiter zu tun, als von den Programmen der Liberalen und der Tories (= Konservativen) das Gute anzunehmen und zu verbessern und das Schlechte zu verworfen. Wünsche nach eigenen Programmen solle man unterdrücken. Darauf wurde der Antrag Quisch mit 1021 000 gegen 76 000 der vertretenen Stimmen verworfen.

Der Organist der Gasarbeiter Bill A. Horne forderte dann in einem neuen Antrage die Formulierung eines nationalen Programms für alle Arbeiter-Kandidaten bei Parlaments- und städtischen Wahlen. Man möge keine Furcht haben vor extremen Programmen, denn er wisse aus eigener Erfahrung, daß die Arbeiter es um so lieber hätten, je mehr man von der Revolution spräche. Daß damit aber nur Stimmenfang getrieben wird, dürfen die auf diese Weise eingetragenen Arbeiter natürlich nicht wissen. Auch Hornes Antrag wurde mit 654 000 gegen 240 000 der vertretenen Stimmen abgelehnt. Ben Tillett brachte einen ähnlichen Antrag ein, nämlich es solle in den auf der Konferenz vertretenen Gewerkschaften und anderen Organisationen darüber abgestimmt werden, ob die Mitglieder im Verein für den Sozialismus seien und ob der nächsten Jahreskonferenz ein entsprechendes parlamentarisches Programm vorgelegt werden solle. Dieser Antrag wurde mit 6799 000 gegen 212 000 Stimmen verworfen.

Außerdem beschäftigte sich die Konferenz mit der Frage, ob die Abgeordneten Gewerksvereine sein müssen oder nicht. Die Gewerksvereine liefern fast allein die Mittel zur Unterhaltung der englischen Arbeiterpartei im Parlamente, aber es treten immer mehr Arbeiter-Kandidaten auf, welche keinen Gewerksverein angehören. Die Independent Labour Party bezahlt nur 9 Pfd. St. jährlich an die Arbeiterpartei, doch ihre Fraktionsmitglieder im Parlamente beziehen von der Arbeiterpartei 1400 Pfd. (1 Pfd. = 20 Mt.) jährlich. Ben Tillett beantragte deshalb, daß alle Arbeiter-Abgeordneten im Parlamente wirkliche Gewerksvereine zu sein hätten. Die Arbeiterpartei sollte von Arbeitern geführt werden und nicht von Herren, die nie gearbeitet hätten, politischen Abenteurern, welche die Bewegung für ihre Zwecke benutzen. Auch dieser Antrag Ben Tillets aber wurde verworfen mit 553 000 gegen 381 000 der vertretenen Stimmen.

**Arbeiterbewegung.** Die Zahl der ausgesperrten Holzarbeiter in Berlin hat in den letzten Tagen wiederum eine Vermehrung erfahren. Eine Verabredung des Kampfes ist einflußlos noch nicht abzusehen. — Bei der Firma Hasenstein & Rogler in Berlin sind Differenzen ausgebrochen, die zur Niederlegung der Arbeit durch das Buchdruckpersonal führten. — Die organisierten Metallarbeiter in Pölned haben den Fabrikanten Forderungen eingereicht. Sie verlangen die Einführung der zehnstündigen Arbeitszeit ohne Lohnkürzung und bessere Bezahlung der Ueberstunden. — In Brandenburg a. O. befinden sich seit längerer Zeit die Feilenhauer und Schleifer im Streik. — Die Arbeiter der Rabelfabrik von Schröder in Landsberg a. B. haben wegen Maßregelung organisierter Kollegen die Arbeit niedergelegt. — Die in den Randwarenvertrieben von Leipzig und Umgebung beschäftigten Kürschner sind wegen ihres Sozialismus mit den Arbeitgeber in Konflikt geraten und haben mit dem allgemeinen Streik. — In Berlin sind über 150 in der Postamentenbranche beschäftigten Arbeiter ausgesperrt worden. — Der Streik der Bäckerarbeiter in Schöneheide und Umgebung, an dem über 1000 Arbeiter beteiligt waren und der sich über fünf Monate ausgedehnt hat, ist zumgunsten der Arbeiter beendet worden. Die Wiederinstellung erfolgt nach Bedarf. — Der Ausstand in Rosario und Cantafé (Argentinien), der eine überaus bedrohliche Form angenommen hatte, ist beendet. — Wegen eines Streiks auf der Schiffbauwerft Petras in Leitschen (Böhmen) wurde den Arbeitern sämtlicher Schiffbauwerften des Leitschener und Ausitzer Bezirks geandigt. — In den gewaltigen Rapphauwerken zu Bala (Schottland) ist wegen Ablehnung von Lohnforderungen ein Streik ausgebrochen, an dem gegen 1000 Arbeiter beteiligt sind.

**Die Zunahme des Viehstandes in Preußen.** Am 1. Dezember 1892, also im Beginn der Ära der Kapriziosen Handelsverträge, hat eine Viehzählung stattgefunden, am 1. Dezember 1906, unmittelbar vor dem Ende der Weltung dieser angehängt für die Land-

wirtschaft verderblichen Verträge, abermals. Es ist außerordentlich interessant, zu sehen, wie sich einer der wichtigsten Zweige der Landwirtschaft, die Viehzucht, unter dem Walten dieser Politik entwickelt hat. Es soll dabei vor allem die Wertsteigerung in Betracht gezogen werden, und zwar nicht erschwungen entstanden, durch die Einfuhr gemerkelter Preise, sondern derjenigen von 1892. Dabei sollen auch die Pferde weggelassen werden, weil sie zu einem erheblichen Teil nicht der Landwirtschaft dienen, wenn sie auch Ergebnisse der Landwirtschaft sind. Die Werte sind die vom preussischen statistischen Amte vor 14 Jahren ermittelten: für 1906 sind sie nur um die Stückzahl höher berechnet.

A. Rinder. Wert pro Stück 197,70 Mt.	Stückzahl	Wert in Mt.
am 1. Dezember 1906:	11690600	2291228000
1. 1892:	9871400	1952874000
Zunahme:	1759200	338354000
B. Schafe. Wert pro Stück 15,60 Mt.	Stückzahl	Wert in Mt.
am 1. Dezember 1906:	5426800	84658000
1. 1892:	10109500	157400000
Abnahme:	4682700	72742000
C. Schweine. Wert pro Stück 56,80 Mt.	Stückzahl	Wert in Mt.
am 1. Dezember 1906:	15384700	871011000
1. 1892:	7725400	439065000
Zunahme:	7609300	431946000

Das gibt, nach Abzug des Verlustes an Schafen, einen Wertzuwachs für Preußen von 696 806 500 Mt., für das Deutsche Reich von mehr als einer Milliarde, wogegen ohne Einrechnung der Pferde, die fast allein um 367 400 Stück vermehrt haben, auch ohne Einrechnung des bedeutend höheren Stückwertes. Lediglich nach der Stückzahl auf Grund des Wertes von 1892 hat die Landwirtschaft ihr in den drei Vieharten Rindern, Schweinen und Schafen: stehendes Kapital um fast 700 Millionen Mark vermehren können. Das ist etwas, worin die ganze nicht landwirtschaftliche Bevölkerung mit der landwirtschaftlichen von ganzem Herzen sympathisiert. Dieser Kapitalgewinn kann nicht aus zunehmender Verschuldung entstanden sein, er rührt aus Ersparnissen, aus langsam angesammelten Betriebsüberschüssen her. Er gebührt durchaus der Landwirtschaft.

Wenn die Frage aufgeworfen wird, wie trotz dieser starken Zunahme des Viehstandes, die bei Schweinen geradezu eine Verdoppelung bedeutet, die Fleischnot oder Fleischsteuerung entstehen konnte, so beantwortet sie sich einfach dadurch, daß die Produktion von Schlachtvieh nicht in dem Maße zugenommen hat, wie der Bedarf. Die Bevölkerung betrug 1892 50 1/2 Millionen heute 61. Der Verbrauch ist wesentlich gestiegen und zwar infolge einer Verbesserung des Einkommens der unbegüterten Volksklassen unter der Herrschaft der Handelsverträge. Die Gehalt unserer Ausfuhr von 3 auf 5,8 Milliarden Mark hat ebenfalls günstig auf den Arbeitslohn gewirkt. Endlich hat man die Einfuhr aus alle mögliche Weise erschwert. 1892 konnten noch 861 000 Schweine eingeführt werden, 1905 nur noch 89 000. Die eigene Produktion, so sehr ihre Zunahme auch zu begrüßen ist, hat doch dem Bedarf nicht genügt. Das steht nun ziffermäßig fest.

**Von einem vorläufigen Vorkriegesleben weiß die Gide** zu erzählen. Die Frage der weissen Wäsche hat unter den organisierten Kollegen wohl schon immer eine gewisse Rolle gespielt, mit der Berliner Ausperrung eines Teils der Richter, hat dieselbe infolgedessen aber eine andere Bedeutung erhalten, als es jetzt die Arbeitgeber sind, welche, um den Beschluß ihrer Organisation zur Ausführung zu bringen, sich ebenfalls um die Organisationsgültigkeit der Richtungsgebirgheit der bei ihnen beschäftigten Arbeiter kümmern. Bei dieser Gelegenheit hat sich nun ergeben, daß ein sehr vorläufiger Kollege sich für alle Fälle gerüstet hat, indem er im Besitz von Statut und Quittungsbüchern vor, sage und schreibe, gleich drei verschiedenen Organisationen war. Von einem unserer Kollegen über diese Dreierleiigkeit zur Rede gestellt, gab dieser vielorganisierte Kollege zu, daß er allen drei Organisationen angehört und auch für alle drei die Beiträge zahlt. Er tue dies nur deshalb, um nach allen Seiten hin rufen zu sein. Er entgehe dadurch dem Terrorismus der Verbändler und bleibe andererseits auch von der Ausperrung verschont. Komme er aber in eine christliche Bude, so freuen sich auch diese Kollegen, einen neuen Genossen gefunden zu haben. Zum Glück bildet ein deraartiger Fall von Grundlosigkeit eines Kollegen nur eine Ausnahme, er zeigt aber, wozu es führt, wenn die gesetzlich garantierte Koalitionsfreiheit durch die Organisationen selbst zu einem Koalitionszwang ausartet.

**In der Preussische Böhme-Weissenfels** — Kollege Winter sollte den Fabrikanten Böhme beledigt haben und wurde deswegen zu 50 Mt. verurteilt — bestand

der Redakteur des „Arbeiter“, wie dieser schreibt, am 26. Januar ein hochnotpeinliches Verhör. Das Weissenfelder Amtsgericht hatte sich an die Berliner Polizei gewandt, von dem zu 50 Mt. Geldstrafe verurteilten Verfasser ein genaues Rationales feststellen zu lassen und aufzunehmen. Bei der Vorladung war ausdrücklich darauf hingewiesen, daß zu der protokollierten Aufnahme die Militärpapiere unbedingt erforderlich seien. Militärpaß? — Jahrgang 1844, eingetreten am 19. Oktober 1866 als Ersatzrekrut beim 28. Infanterieregiment in Kaden. — Vierter Gott! Wo sind die Zeiten geblieben! — Der linksrheinisch geborene und unter Code Napoleon wild verzogene Redakteur hat sich aber als preussischer Staatsangehöriger an die preussische Ordnung, Akkuratheit und Sauberkeit gewöhnt. Sein Militärpaß war reinlich, ohne Fettschmied, als wenn er frisch aus dem Bureau der Regimentschreiberei gekommen wäre. Das Verhör begann:

Vor- und Zunahme, Name der Eltern, Familienverhältnisse, Name der Ehefrau, Name der Eltern der Ehefrau, Familienverhältnisse, Vermögenslage, Grundbesitz, Erbschaften zu erwarten, Schulden, entbehrliche Haushaltungsgegenstände, einbehaltene Kleidungsstücke, Staatssteuer, Gemeindesteuer, Kirchensteuer, Militärverhältnisse, Schließklasse, Orden und Ehrenzeichen usw.

Die vom Weissenfelder Amtsgericht gestellten Fragen hörten sich an, als wenn ein banerotter Schuhfabrikant den Offenbarungsdienst leisten soll. Die Berichtschreiber, die wohl viel mit saulen Kunden zu tun haben mag, scheint die Fragebogen schematisch zu treiben. Sämtliche Kostenrechnungen bezüglich der Redakteur postwendend, so 2 Mt. Das Amtsgericht Weissenfels war also schon im Besitz des Geldes, bevor der zahlungsunfähige Redakteur das Examen eines zahlungsunfähigen Schuhfabrikanten zu bestehen hatte.

### Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906.

**Ortsverband Brieg-Löwen.** Der hiesige Ortsverband erledigte seine Geschäfte in 4 Verbandssammlungen, 8 Ausschüßungen und einer Sitzung sämtlicher Ortsverbände. Unsere Verbandssammlungen waren leider nur schwach besucht. Von 215 Mitgliedern haben nur 100 sich am 25. und 26. Januar in der Nähe gegeben, in den Verbandssammlungen zu erscheinen. Dies ist ein nicht gar schönes Bild eines Vereinstodes. Aber nicht nur hinsichtlich der Beteiligung an den Sitzungen waren unsere Kollegen nachlässig, sondern auch zu dem vom Ortsverband arrangierten Vorträge und Sommererzählungen sind dieselben in geringer Zahl erschienen, daß fast mit Recht geurteilt wurde. Ein schnelles Befahren und Eichenrinnen an die Wäldchen, die sie bei der Aufnahme erlebt haben, ist hier bei uns sehr am Plage. Zu den diesjährigen Gewerkschaftswahlen wird zu sehr wenig Zeit übrig, als daß wir einen Erfolg erwarten konnten.

**Wagner, Schriftführer.**

**Ortsverband Dömitz.** Die Mitgliederzahl betrug bei Jahresanfang 706. Bei Beginn des Jahres wurde durch die Vertreter der einzelnen Vereine ein Ausschüß gewählt. Die Ausschüßungen fanden an jedem zweiten Donnerstag im Monat statt. Außerdem sind nach mehreren Beschlüssen, formulierte Ausschüß- und Vorkaufsforderungen abgehoben worden. Des weiteren fanden Verbandssammlungen am 18. Januar, 26. April, 19. Juli und 9. Oktober statt. Am 18. Januar hielt Kollege Krüger einen Vortrag über die Gewerkschaften. Nach dieser Versammlung begann die Tätigkeit des Verbandes mit den Gewerkschaftswahlen. Im Monat Februar war der Beitritt des O.-B. der Frauen und Mädchen zum Verband zu verzeichnen. Auch wurde den Mitgliedern der vom Verbande ins Leben gerufene Diskussionsklub und die Liebertafel der Deutschen Gewerksvereine warm empfohlen. Den durchreisenden Genossen wurde das Herzbergsgeld von 50 Pfg. auf 75 Pfg. erhöht. In der Mitgliederversammlung am 26. April hielt Kollege Rosal ein einen Vortrag über das Unfallversicherungsgesetz. Im Juli wurde der Vorkauf, Genosse Kellert, sein Amt niederlegen, weil er infolge seiner führenden Stellung im Schneideramt um seine Erteilung kam und deswegen nach Berlin zog. In Stelle dessen wurde Genosse Kellert zum Vorkaufern gewählt. Im weiteren Verlauf wurde der Kohlenvertrag abgeschlossen. Die Abnahme der Kohlen war aber nicht so wie im vorigen Jahre. Durch Erfinden des Wohnungsvereins beteiligten sich die Gewerksvereine an den Stadtverordnetenwahlen; dieselben nahmen eine Anzahl von Sitzungen und Versammlungen in Anspruch und hatten zur Folge, daß unser Kollege Rosal in das Stadtparlament gewählt wurde. Im Verlauf des Jahres wurden mehrere öffentliche Gewerksvereinsversammlungen abgehalten; selbige haben durch Referate zur Klartatung beigetragen; selbige am 12. Dezember hatten wir eine Protestversammlung gegen den Verstoß zur Rechtsfähigkeit der Berufsvereine einzuberufen, die auch gut besucht war. Das Referat hielt Kollege Prockowski. In fast zweistündiger Rede äußerten wir den Kollegen klar und deutlich die Arbeiterorganisationen gebracht hat. Zum Schluß

kennen, der ist ein Feigling, und ein Feigling gehört nicht in den Reichstag.

1. Unsere Gewerksvereiner werden aber ebenso wenig einen Kandidaten wählen, von dem sie nicht überzeugt sind, daß er

1. gegen jede Verschlechterung des allgemeinen, gleichen, geschwunden und direkten Wahlrechts stimmen wird;

2. daß er jeden Wunsch, das Koalitionsrecht einzuführen, unbedingt zurückweisen wird;

3. daß er sich gegen jedes wie immer geartete Ausnahmegeretz erklären wird.

Der gesunde Sinn unserer Gewerksvereiner wird da schon den Weg zur rechten Tat finden. Wer unsere Organisation aber beschimpft und ihr die Gleichberechtigung aberkennt, der mag sich nicht weiter bemühen, es wäre doch ganz und gar vergeblich.

K. G.

### Belehrungsblatt für Giftarbeiter.

Im Frühjahr 1905 tagte im Hagen i. W. eine Konferenz, die sich mit der Belehrung der Arbeiter über die zur Verbreitung gelangenden Gifstoffe beschäftigte. Eine am 15. Februar 1906 im Reichstagsgebäude zu Berlin abgehaltene Sitzung, an der Vertreter der christlichen, sozialdemokratischen und der Freisinnigen Organisationen teilnahmen, beschloß sich mit dem gleichen Gegenstand. Auf Grund dieser Verhandlungsprotokolle hat nunmehr Herr Professor Dr. Vewin folgendes Belehrungsblatt verfaßt:

#### Was ist Gift?

Gift ist alles, was nicht so schadet, wie es ein Schnitt oder ein Stich oder ein Stoß oder ein Druck oder der elektrische Strom oder das Feuer tut, und doch entweder den ganzen Menschen krank machen kann oder nur einzelne Teile von ihm.

#### Wer ist Giftarbeiter?

Arbeiter, die Gift machen, zum Beispiel in chemischen Fabriken, oder die Gifte für ihr Gewerbe in einer Fabrik oder in ihrer Wohnung gebrauchen, sind Giftarbeiter.

#### Wem schadet ein Gift?

Jeder Arbeiter, der mit einem Gifte arbeitet, kann vergiftet werden, wenn er sich nicht zu schützen versucht oder nicht vorsichtig ist, oder wenn man in der Fabrik oder in der Wohnung nicht dafür sorgt, daß das Gift beseitigt oder vernichtet wird.

Wer da sagt, daß ihm ein Gift nichts anhaben kann, der irrt sich. Jeder Mensch wird von Gift geschädigt, der eine früher, der andere später, der eine mehr, der andere weniger. Wenn ein Arbeiter auch schon ein oder mehrere Jahre mit Gift gearbeitet hat und sich noch nicht krank fühlt, kann er doch schon den Anfang einer Krankheit in seinem Körper haben; denn den Anfang einer Krankheit merkt man selbst gewöhnlich nicht. Wenn man sich krank fühlt, besteht die Krankheit oder eine Vergiftung schon einige Zeit.

#### Die schnelle und die langsame Vergiftung.

Durch ein Gift kann ein Mensch sehr schnell krank werden, wenn er viel davon, auch nur einmal oder zweimal in seinen Tagen bekommen hat. Wenn er zum Beispiel auf einmal viel Kohlendunst oder Rauch oder andere giftige Dämpfe einatmet, kann er innerhalb zehn Minuten oder in einer Viertelstunde schwer vergiftet werden.

Schlimmer aber noch kann es werden, wenn er von einem Gifte immer nur sehr wenig in den Körper bekommt. Dann wird er meistens nach und nach immer kränker, und dies sieht so aus, als wenn er eine richtige langsame Vergiftung erleidet, besonders, wenn man nicht frühzeitig etwas dagegen getan hat. Um wieder gesund zu werden, muß ein solcher, langsam durch Gift krank gewordener Mensch mit der Giftarbeit aufhören.

#### Wie kommt ein Gift in den Körper?

Gifte kommen auf sehr verschiedene Art in den Körper. Ein Gift macht krank, wenn man es verschluckt. Wenn der Arbeiter das Gift an seinen Händen hat und, ohne sich gründlich gewaschen zu haben, sein Brot mit den giftigen Händen jeden Tag anfacht, kann er vergiftet werden.

Auch wenn das Gift als Staub bei der Arbeit in den Mund kommt und er sich nicht mehrmals am Tage den Mund gut ausspült, wird er das Gift mit dem Speichel oder mit seinem Essen verschlucken und dadurch vergiftet werden.

Ebenso kann ein Gift krank machen, wenn man es durch die Nase oder den Mund einatmet. Giftarbeiter werden am häufigsten auf diese Weise vergiftet, wenn sie sich nicht schützen und auch nicht darauf sehen, daß die Fabrik das übrige zum Schutze tut.

Manche von den eingeatmeten Giften, wie Chlorgas oder saure Dämpfe, oder auch Giftstaub, wie zum Beispiel von Arsenik, vergiften den Mund mit den Zähnen oder die innere Nase oder den Hals oder die Lunge. Sehr viele andere aber, wie zum Beispiel Staub von Bleisäure oder von Braunstein oder von Arsenik oder der Quecksilberdampf oder der Dampf von Salpeterminerale oder von Schwefelkohlenstoff

gehen auch in das Blut, nachdem man sie eingeatmet hat, und können den ganzen Körper vergiften.

Es gibt auch Gifte, die in die Haut gehen und von da in das Blut kommen. Dies tun zum Beispiel alle Gifte, welche die Haut rot oder wund machen, wie zum Beispiel gewisse Stoffe aus Quecksilber, Chrom und Arsenik.

Jedes Gift, das nicht die Haut rot oder wund macht, aber flüchtig und rüchig ist, wie zum Beispiel Nitrobenzol oder Anilin, oder das in einem flüchtigen Stoffe gelöst ist, wie zum Beispiel in Spiritus oder in Benzol oder in Äther oder in Terpentinöl oder in Schwefelkohlenstoff oder in Chloroform, kann in die Haut einbringen und von dort in das Blut kommen und die Arbeiter vergiften.

Es ist auch möglich, daß, wenn die schwefeligen Hände jahraus jahrein manche Gifte anfassen müssen, wie zum Beispiel Bleisäure, das Gift durch die Haut in den Körper geht.

#### Wo zeigt sich eine Vergiftung?

Durch Gifte können alle Teile des Menschen krank werden.

Eine Krankheit, die durch ein Gift gekommen ist, kann man gewöhnlich nicht leicht von einer wirklichen Krankheit unterscheiden, weil die Leiden durch Gifte und die bei einer Krankheit kommenden sich zum Verwechseln ähnlich sein können.

Wenn zum Beispiel ein Giftarbeiter bläsig oder gelblich oder bläulich aussehend, wenn er den Appetit verliert oder schwach wird oder Kopfschmerzen oder Schwindel hat oder auch Herzloshen oder Schweißausbrüche oder Brustschmerzen oder Schmerzen in den Armen oder Beinen, oder wenn er Arme oder Beine nicht mehr ordentlich bewegen kann, oder wenn er schlecht sieht, oder die Haut Ausschläge oder Geschwüre bekommt, oder wenn es im Munde weh tut und entzündet ist, oder wenn der Urin anders wie früher abgeht, oder wenn bei einer Frau, die mit Giften arbeitet, das Monatliche gestört wird, oder wenn sie schwanger ist, sie das Kind nicht bis zum Ende richtig austrägt, so muß man dem Rat folgen, womit man in der Fabrik oder der Wohnung arbeitet, weil er dann wissen kann, ob es von einer Vergiftung oder von einer wirklichen Krankheit kommt.

#### Was soll ein Giftarbeiter tun, um sich vor dem Gifte zu schützen?

Der vorsichtige und saubere Giftarbeiter bleibt länger gesund als der leichtsinnige und unsaubere. Wenn der Arbeiter während der Giftarbeit an die Gefahr denkt, wird er das Gift so wenig wie möglich an seine Haut oder in den Mund und die Nase kommen lassen.

Das meiste von dem Gift, was doch dorthin gekommen ist, kann er wieder fortbringen, wenn er sich morgens, mittags und abends vor dem Essen Gesicht und Kopf gründlich mit Seife und die schmutzigen Hände mit Seife und Sand wäscht und den Mund ordentlich spült und Wasser in die Nase zieht. Dazu muß er sich Zeit nehmen.

Wer nicht baden kann, der soll zweimal in der Woche seinen Leib mit Seife und Sand zu Hause waschen. Giftige Gase und Dämpfe gehen schnell in die Lunge und das Blut. Hier nützt die Reinigung wenig, aber wohl das Einatmen von viel Luft in die Werkstatt durch Fenster und Türen, oder Abzugenlassen der Gifte. Der Auge Arbeiter verhindert eine solche Hilfe nicht, auch wenn es etwas zieht oder sticht.

Der Auge Arbeiter gebraucht auch andere Mittel zu seinem Schutze, die man ihm gibt, zum Beispiel: Respiratoren, Schwämme, Handschuhe, auch wenn sie ihm sehr unbehagen sind.

Der Giftarbeiter soll, so gut er kann, durch die Nase atmen. Bei der Arbeit soll der Giftarbeiter nicht essen, nicht trinken, nicht rauchen und nicht singen. Wer das Priemen nicht lassen kann, soll wenigstens nicht mit schmutzigen Fingern den Priemen abreiben und in den Mund fassen, weil sonst Gift in seinen Mund kommt.

Braunweintrinken ist für viele Giftarbeiter gefährlich.

Wenn der Giftarbeiter in der Fabrik oder zu Hause essen will, soll er sein Halstuch und seine giftigen Kleider ablegen und saubere anziehen, weil sonst Gift in das Essen kommen kann.

In giftigen Kleidern soll er auch nicht mit seinen Kindern spielen, weil sie dadurch auch Gift bekommen können.

### Allgemeine Mundschau.

Freitag, 1. Februar 1907.

Das furchtbare Grubenunglück im Saargebiet beschäftigt nicht nur die deutsche Presse, sondern auch die Presse aller Kulturländer. Es waren am Montag früh 600 Mann der Frühlingszeit in die Grube gefahren. Die Explosion erfolgte, bevor noch die Arbeit aufgenommen war. 400 Mann konnten sich durch eigene Nebenschächte retten, während 155 Tote und gegen 50 Schwerverletzte, die mit dem Lode ringen, Opfer ihres Berufes wurden. Die Nebener Grube ist Staatsbesitz. Als das furchtbare Unglück von

Courrières die Welt erschütterte, da war man in Deutschland der Meinung, daß ein Unglück dieser Art und in solchem Umfange aus einer deutschen Grube wohl nicht vorkommen könne. Und nun ist es gar ein staatlicher Arbeiterbetrieb, der diese große Meinung zu Schanden gemacht hat. Leider ist wenig Aussicht vorhanden, festzustellen, wo das Unglück verschuldet. Die darüber ausgesagten Mauten, ist der Mund für immer verschlossen.

Die Hilfsbereitschaft der französischen Bergarbeiter von Courrières und der Bremer Rettungsmannschaft, die diplomatischen Beileidsbekundungen, insbesondere vom Präsidenten der französischen Republik, die Unterstützung des Reichers für Handel und Gewerbe in das Unglücksrevier, die materielle Hilfe des Kaisers, des preussischen Staates, der Stadt Berlin usw. waren gewiß Balsam auf die Wunden, die das Unglück schlug, aber den tiefen Schmerz zu stillen oder auch nur merklich zu mildern, waren sie nicht imstande.

Wir haben wiederholt die Forderung erhoben, daß aus der Belegschaft einer jeden Grube Kontrollen ausgemittelt werden müßten, die als sachkundige Männer die Grube auf Beiratsgängen oder andere Unfallsunfallstellen zu kontrollieren hätten. In den Staatsgruben wären diese Arbeiterbelegierte für die Grubenkontrolle noch notwendiger als in den Privatgruben, weil die Beamten der Staatsgruben in der Regel, so wird uns aus dem Saargebiet berichtet, viel später anfahren als die Belegschaften, während in den Privatgruben die Steiger gleichzeitig mit der Belegschaft oder schon vor derselben anfahren. Die genannte Forderung muß daher von neuem erhoben und endlich erfüllt werden.

Die folgende Tabelle zeigt die Statistik aufzustellen. Seine Redaktion hat sich die Mühe gemacht, den ganzen Jahrgang der „Zielbewußten“, Metallarbeiterzeitung durchzugehen und konnte dann folgende Tabelle aufstellen. Laut der 52 Nummern der „Metallarbeiterzeitung“ vom Jahre 1906 mußte der Metallarbeiterverband ausschließen resp. rügen wegen:

Streikbruch	633	Logischschwindel	15
Unterförmigkeit und Be- trug	84	Diebstahl	5
Unkollegiales Verhalten	89	Schädigung d. Verbandes	70
Denunziation	24	Nichtanerkennung	16
Zerstreuen	3	Eine Rüge erhielten	178
	843	wegen der Maßregel	351

Das sind zusammen 1124 Sünden; damit ist aber deren Zahl noch lange nicht erschöpft. Ueber weit mehr hat man den Mantel des Vergehens und Vergeßens gedehnt. Wo sind z. B. die Streikbrecher des Metallarbeiterverbandes beim Gürtler- und Drückereistreit 1904-1905 in der Selbstmetallindustrie zu Berlin verhaftet oder ausgeschlossen worden. Kirchengeld! Das waren Tausende, sie wurden ohne weiteres wieder in den Metallarbeiterverband aufgenommen. Ferner erinnern wir an die Vorkommnisse in der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft-Berlin, Englische Gasmeserfabrik - Obereschneide usw., wo Tausende Mitglieder des Metallarbeiterverbandes erst für die Maßregeln stimmten und trotzdem bei der dann folgenden Ausschließung gegen den Willen des Metallarbeiterverbandes weiterarbeiteten. Von allen diesen hört und sieht man nichts von einem Ausschluss, Berufskündigung oder dergleichen. So kommt es, daß die Provinz gegenüber Berlin bei den Verhaftungen so schlecht abschneidet. Aber in Berlin herrscht auch Herr Lohsen, der, was Offenheit und Wahrheit anbelangt, bekannt ist. In Wehrlichkeit haben also im Jahre 1906 nicht nur 1124 Verbandsmittelglieder gegen ihr Statut verstoßen, sondern es sind deren über 10000. Ueber diese Tatsachen möge die „Metallarbeiterzeitung“ nachdenken, wenn sie es wieder für notwendig hält, gegen die Gewerksvereine zu polemisieren.

Eine Niederlage des Sozialismus in England. Auf der neusten Jahreskonferenz der „Arbeiterpartei“ in Belfast, so wird der „Frankf. Jtg.“ von ihrem Londoner Korrespondenten geschrieben, hat der Sozialismus eine ganze Reihe von Niederlagen erlitten. Ein Antrag bewachte nichts Geringeres als die vollständige Umwandlung der Arbeiterpartei in eine sozialistisch-kommunistische. Umfassung des Kapitalismus und Einführung eines allgemeinen Kommunismus sollte zum statutenmäßigen Zweck der parlamentarischen Arbeiterpartei proklamiert werden. 835 000 der vertretenen Stimmen wurden dagegen abgegeben und nur 98 000 dafür. Der Delegierte Bruce Glasier, ein bekanntes Mitglied der Independent Labour Party, sprach gegen den Antrag und sagte, er sei selbst ein Sozialist, wünsche aber nicht, daß die Gewerksvereine auf den Sozialismus verpflichtet würden, so lange sie sich nicht von seinem Werte ganz überzeugt hätten. Und das wird nie der Fall sein. Ein Delegierter des Postbeamtenvereins Fawcett Association sagte, die Konferenz mache einen großen Fehler, wenn sie glaube, sie könne die englischen Arbeiter einfach beim Tragen packen und zu Sozialisten machen. Abschließend sprach sich auch Reir Gardie aus: Er hoffe, der Sozialismus werde

